



THEMA: POLIZEI

EDITORIAL

von Solidarity City Freiburg

Seit der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizisten am 25. Mai 2020 in Minneapolis gibt es auch hierzulande eine Debatte über rassistische Polizeigewalt.

Auch wenn die Stimmen, die eine Abschaffung der Polizei fordern, in Deutschland weniger laut sind, wird hier ebenso hinterfragt, ob die Polizei wirklich das richtige Instrument ist, um Sicherheit herzustellen. People of Color, Menschen migrantischer Herkunft und Illegalisierte jedenfalls können ein Lied davon singen, wie es ist, von der hiesigen Inhaberin des Gewaltmonopols als potentiell gefährlich wahrgenommen zu werden. Ebenso machen Angehörige marginalisierter Gruppen, Wohnungslose und Drogengebraucher*innen etwa, eher unangenehme Erfahrungen mit den Ordnungshüter*innen. Nicht zuletzt wird auch antirassistischer Aktivismus häufig kriminalisiert.

Solidarity City steht für das Recht auf Rechte. Wenn aber die körperliche Unversehrtheit nicht gewährleistet ist, die Begegnung mit der Staatsmacht Angstzustände hervorruft und der Gang zur Behörde, wenn man selbst Opfer eines Verbrechens geworden ist, mit großer Furcht verbunden ist, dann sorgt die Polizei nicht dafür, dann schützt die Polizei eben gerade nicht die Menschenrechte - was ihre Aufgabe wäre - sondern sie schafft

reale Unsicherheit. Sanctuary Cities in den USA – ja richtig, demselben Land, in dem Rassismus und Gewalt so tief verankert ist in den Sicherheitsbehörden – holen die städtischen Polizeidepartments mit ins Boot. Das geht, weil die Stadtpolizeien dort relativ große Autonomie haben. Die Lösung heißt *don't ask, don't tell*. Es geht dabei um den Aufenthaltsstatus: Bestenfalls kümmert den eine Sanctuary-City-Polizei nicht, und sie kooperieren auch nicht mit ...

Fortsetzung Seite 2

WICHTIGE ADRESSEN IN FREIBURG

Arbeitskreis Kritischer Jurist*innen in Freiburg

www.akj-freiburg.de

Arbeitskreis „Polizeigesetz, Nein Danke“

Freiburger Arbeitskreis, der sich mit den aktuellen Polizeirechtsverschärfungen beschäftigt.

www.nopolgbw.org / polizeigesetz_neindanke@riseup.net

BIPoC*-Gruppe Uni Freiburg

BIPoC*-only safe space

www.facebook.com/bipocunifreiburg

Copwatch Freiburg

Bereitstellung von Informationen über Racial Profiling und die Dokumentation rassistischer Polizeikontrolle in Freiburg.

Kontaktformular: www.copwatchfr.home.blog

EA Freiburg

Aktivist*innen gegen staatliche Repression

www.eafreiburg.noblogs.org

Humanistische Union Baden-Württemberg

Dr. Udo Kauß (Vorsitzender)

Gerberau 5a, 79098 Freiburg

Fon (07 61) 70 20 93; Fax (07 61) 70 20 59

www.bawue.humanistische-union.de

Knastfunk bei Radio Dreyeckland

„Ein Magazin aus dem Reich des Bösen: Über Justiz, Gefängnisse, Verbrechen und Verbrecher.“

www.rdl.de/sendung/knastfunk

LEAWatch

Antirassistisches Bündnis, das sich u.a. mit Grundrechtsverstößen in Freiburger Geflüchtetenwohnheimen beschäftigt.

www.leawatch.blogspot.eu

SAGA (Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen)

Unabhängige rechtliche Beratung im Asylverfahren im Rasthaus, Adlerstr. 12.

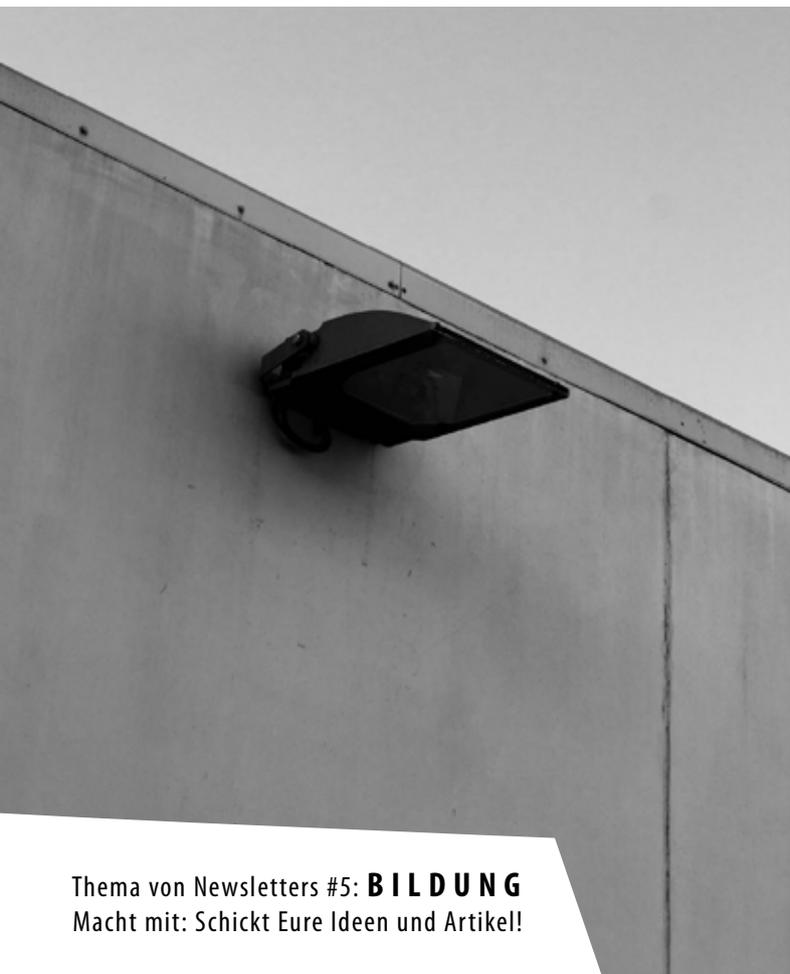
www.saga.rasthaus-freiburg.org

Rote Hilfe Ortsgruppe Freiburg

Unterstützung in Fällen politischer Repression

www.rotehilfefreiburg.noblogs.org

Email: freiburg@rote-hilfe.de



... den Kräften der Abschiebebehörden (ICE – Immigration and Customs Enforcement), die auf Bundesebene agieren. Denn Illegalität ist kein Sicherheitsrisiko für eine Stadtbevölkerung – außer wenn sich Illegalisierte nicht trauen, zur Polizei zu gehen, wenn ihnen Unrecht geschehen ist und sie Anzeige erstatten wollen. Statistiken zufolge sind deswegen Sanctuary Cities in den USA sicherer. Und es geht ihnen wirtschaftlich besser, denn sie zwingen Illegalisierte nicht ein unsicheres Leben im Untergrund zu führen. Nun ist die Situation in Deutschland gleichwohl anders: Die Polizeibehörden auf Kommunal-, Länder- und Bundesebene sind enger verknüpft und der Bevölkerungsanteil, den Illegalisierte hier ausmachen, ist weniger hoch. Illegalisierte spielen nicht zuletzt auch auf dem extrem liberalisierten Arbeitsmarkt der USA eine wichtige Rolle: Ohne ihre Arbeit würde die Wirtschaft vielerorts zusammenbrechen. Das ist hierzulande vermutlich nicht der Fall, vermutlich, denn es liegt in der Natur der Sache, der Illegalität, dass keine verlässlichen Zahlen dazu existieren. Es ist anzunehmen, dass die Zahlen dennoch höher sind, als man es sich gemeinhin vorstellt, denn gerade im Dienstleistungssektor, in der Gastronomie und der häuslichen Pflege, arbeiten viele Illegalisierte, denn hier sind unregelmäßige Arbeitsverhältnisse verbreitet. Es ist gut möglich, dass Du selbst schon jemandem ohne Aufenthaltsstatus begegnet bist – denn den sieht man Menschen nicht an. Fakt ist, dass Menschen, die z. B. unser Essen kochen und Senior*innen pflegen, in ständiger Angst vor Abschiebung leben müssen. Und nicht nur deshalb lohnt es sich, darüber zu diskutieren und nachzudenken, was für eine Rolle eine Polizei in einer Solidarity City spielen könnte. Gerade in den letzten Monaten berichtete die Presse sehr kritisch über das Rassismusproblem der Polizei und über rechtsradikale Netzwerke im Apparat. Zunächst gilt es für uns aber aufzudecken, wo es in Freiburg polizei- und sicherheitstechnisch schlecht aussieht. Wir haben für euch diesen Newsletter zusammengestellt, um sichtbar zu machen, welche Gruppen und Einzelpersonen sich mit dem Themenkomplex Polizei, Recht und Sicherheit auseinandersetzen und was ihre Arbeit ist. Natürlich erheben wir dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit – viele Gruppen haben uns jahreszeitlich bedingt abgesagt, andere sind wie viele Ehrenamtliche schlichtweg überlastet. Wir freuen uns trotzdem, dass es in unserer Stadt so viele Aktive gibt, die sich mit diesem ernstesten und wichtigsten Thema auseinandersetzen. In unserem Infokasten findet Ihr zudem viele Kontakte zu Gruppen und Einrichtungen an die ihr euch wenden könnt, wenn ihr selbst von Polizeigewalt und staatlicher Repression betroffen seid.

ES GINGE DOCH AUCH ANDERS? ÜBERLEGUNGEN ZUR REFORM DER POLIZEI

von Janika, Solidarity City Freiburg

Aus den USA kommen zur Zeit schreckliche und schockierende Nachrichten über Rassismus und brutale Gewaltexzesse bei der Polizei. In den Medien sind, völlig zurecht, Rufe nach Reformen im Polizeiwesen laut geworden: Mehr Transparenz in den Behörden, besser ausgebildetes Personal, weniger Einsatz von Gewalt, mehr Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen und ein Ende des Rassismus gegen People of Color werden unter anderem gefordert.

In einigen Städten in den USA haben die Reformen bereits vor einiger Zeit begonnen und der lokale Polizeiapparat, z. B. in Austin, der Hauptstadt von Texas, wurde großteilig umstrukturiert. Zum einen wurde ein ziviler Beirat begründet, der bei allen größeren Entscheidungen, auch beim Budget, eine Stimme hat und nicht aus professionellem Personal besteht, sondern aus Bürger*innen der Stadt. Zum anderen ist die Polizei dem Stadtrat Rechenschaft schuldig: Vierteljährlich muss ein Bericht eingereicht werden, der Auskunft über die Polizeiarbeit gibt. Anzahl, Ort und Grund der Verhaftungen oder Kontrollen sind dort dokumentiert. So sollen rassistische Übergriffe und übertriebene Härte vermieden – oder zumindest sichtbar und damit diskutierbar werden. Diese Berichte sind öffentlich zugänglich. Außerdem legen seit dem Juli 2019 diverse direkte Anweisungen und Verordnungen fest, wie die Polizeiarbeit auszusehen hat, welche Kontrollen erwünscht und welche unerwünscht sind. Zentral ist dabei, dass Aufgabe und Sinn der Polizei sein soll, dem Allgemeinwohl zu dienen und die Sicherheit für die lokale Bevölkerung herzustellen. Im Grunde verbieten sich damit Praktiken, wie das *racial profiling*, das Unsicherheit z.B. bei People of Color auslöst, die ja genauso Teil der Bevölkerung sind, wie jede*r andere auch. Im Gegenteil wird sogar behauptet, dass *racial profiling*, also das verdachtsunabhängige Kontrollieren von Personen nicht-weißer Hautfarbe, die öffentliche Sicherheit gefährdet. Im Fall von George Floyd, der, wie unzählige andere zuvor, durch völlig unverhältnismäßige Polizeiarbeit gestorben ist, zeigt sich, dass die Praxis sogar tödlich sein kann.

Austin ist mit diesem Vorhaben nicht alleine – es sind zahlreiche Städte in vielen verschiedenen US-Bundesstaaten, die ihre städtischen Polizeiapparate gründlich umkrempeln. Die Lokalpolitik und die Zivilgesellschaft arbeiten gemeinsam, z.B. in Form von sogenannten „Sanctuary City“ Verordnungen daran, wie rassistische, sexistische Übergriffe durch Polizeimitglieder minimiert und Polizeiaufgaben klarer in Verhaltensregeln definiert werden können. Die Arbeit der Polizei wird zum Gegenstand öffentlicher Diskussion: Was für eine Polizei wünschen wir uns? Wie kann für uns als Stadtgesellschaft Sicherheit hergestellt werden? Anstatt eines eigenständigen Organs, das irgendwie unabhängig von, oder parallel zu der Bevölkerung existiert, wird Polizei hier integrativ gedacht. Das ist freilich keine Garantie für mehr Gerechtigkeit, Sicherheit für alle oder weniger Gewaltmissbrauch, aber es stellt einen Anfang dar. Es ist ein Möglichkeitsfenster über Polizei als öffentliche Institution anders nachzudenken. Es zeigt, dass sich etwas grundsätzlich ändern lässt – in den USA, aber auch hier in Deutschland.

Hinweise zum Newsletter!

Den Solidarity-City-Newsletter gibt es nur online. Die Newsletter enthalten zahlreiche Links, die zu weiteren Informationen führen. Dabei handelt es sich um Weiterleitungen zu Presseveröffentlichungen, Radiobeichten, Gruppen, Beratungstermine und Weiterem mehr. In diesem Newsletter sind die Links (Weiterleitungen) in der Regel **blau markiert**.

DIE POLIZEI ALS SPIEGEL DER GESELLSCHAFT?

von Winfried Rust

Gibt es eine besondere Diskriminierung von Flüchtlingen und People of Color durch die Polizei? Seit dem Polizeimord an George Floyd steht die Polizei unter Rechtfertigungsdruck. Der Jugendvorsitzende der Polizeigewerkschaft GdP Niels Sahling sagt der Süddeutschen Zeitung (15.08.) im Interview: „Wir haben keine rassistischen Tendenzen bei uns in der Polizei. Aber wir sollten auch in unserer Gesellschaft schauen, wie es da insgesamt aussieht. Wir sind die Bürger in Uniform, ein Spiegel der Gesellschaft.“

Auch „der Gesellschaft“ kann man nicht „keine rassistischen Tendenzen“ attestieren, denn Rassismus ist ein gesellschaftliches Verhältnis. Dem widerspricht Sahling nicht. Schwierig ist die Behauptung von einer Polizei als „Spiegel der Gesellschaft“. Die Polizei ist etwas Besonderes.

Wenn ich etwa im Bahnhof eine Polizeistreife sehe, gehe ich normal weiter. Wenn ein Flüchtling diese Streife sieht, macht er sich besser unsichtbar. Denn die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass er eine „verdachtsunabhängigen Personenkontrolle“ über sich ergehen lassen muss. Dieses „Racial Profiling“ hebt sich in Willkür und Wirkung von den allgemeinen gesellschaftlichen Umgangsformen ab. Viele People of Color benennen diese Praxis als eine



Ostproußischer Polizist, 1920er Jahre.
Foto: Hans-Michael Tappen; WikiCommons

besonders bedrückende Rassismuserfahrung. Den Kontrollen liegt kein konkreter Verdacht zugrunde, sondern äußerliche Merkmale wie Kopftuch oder Hautfarbe. Das widerspricht dem bürgerlichen Gleichheitsgrundsatz.

So stellt sich die Frage, ob die Polizei nicht eher Spiegel der besonders repressiven Tendenzen der Gesellschaft ist. Historisch kann man den Übergang von der obrigkeitstaatlichen „Policey“ des deutschen Kaiserreichs zu den Polizeien der Weimarer und bundesdeutschen Republik als fließend bezeichnen. Die Macht bleibt beim Staat; im Handel gegen die Sicherheit; und die Bürgerschaft verhalte sich bitte unauffällig. Bis heute lebt dieses Denken zumindest im konservativen klein- und ordnungsbürgerlichen Milieu fort. Aus diesem rekrutiert sich prominent die Polizei. Die Neigung, den Polizeiberuf zu ergreifen, ist im Recht-und-Ordnungsmilieu besonders ausgeprägt. Um das zu ändern, müsste das Profil der Polizei bis zur Selbstaufgabe verändert werden. Bis dahin lebt für Flüchtlinge die Grundangst fort, die Heinrich Mann in seinem Roman „Der Untertan“ bezeichnete: „Ecke der

Meißenstraße hinwieder mußte man an einem Polizisten vorüber, der, wen er wollte, ins Gefängnis abführen konnte!“

Winfried Rust arbeitet als Redakteur im iz3w in Freiburg.
www.iz3w.org

RACIAL PROFILING – ALLTAG IN FREIBURG

vom akj Freiburg

Racial Profiling bezeichnet eine Praxis von Polizei- und anderen „Sicherheits“-behörden, mit der nicht konkrete Handlungen, sondern Merkmale wie Hautfarbe, Sprache oder eine vermeintlich andere Herkunft als Kriterien für polizeiliche Maßnahmen herangezogen werden. **Racial Profiling ist rassistisch diskriminierend und durch die europäischen und internationalen Menschenrechtssysteme und Art. 3 Abs. 3 GG verboten, wie bereits mehrfach gerichtlich festgestellt wurde.**

Trotz dieses Verbots sind auch in Freiburg Kontrollen, Beschimpfungen und Misshandlungen durch die Polizei für viele BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) Alltag. Die Betroffenen erleben neben öffentlicher Demütigung oft physische und psychosoziale Verletzungen und Krisen, die sie auch langfristig

belasten. Auf den wachsenden Widerstand aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Menschenrechtsorganisationen und sogar den Vereinten Nationen reagiert die Bundesregierung immer wieder nach dem Motto „es kann nicht sein, was nicht sein darf“ und verweist auf das Verbot der Praxis oder spricht von Einzelfällen. Dabei sind verdachts- und anlassunabhängige Personenkontrollen durchaus vorgesehen, nämlich durch Artikel 22 und 23 des Bundespolizeigesetzes in Grenzräumen bis zu 30 Kilometer ins Landesinnere, an Flughäfen, in Zügen und an Bahnhöfen und durch die Landespolizeigesetze an sogenannten „gefährlichen Orten“ (in Freiburg Bermuda-Dreieck, Colombipark und Stühlinger Kirchplatz). Damit werden der institutionell rassistischen Polizei weite Handlungsspielräume und Rechtsgrundlagen eingeräumt.

POLIZEIGESETZ, NEIN DANKE!

Der Sicherheitswahn der Landesregierung scheint keine Grenzen zu kennen – aber Freiburg wehrt sich gegen die ausufernden Befugnisse der sogenannten Sicherheitsbehörden

Das geplante Polizeigesetz in BaWü ermöglicht noch mehr staatliche Kontrolle, Schikane und Überwachung. Das ist mit einer solidarischen Stadt unvereinbar, deshalb setzen wir uns ein gegen autoritäre Polizeigesetze!

Mit diesem neuen Gesetz wird die Unschuldsvermutung noch weiter untergraben; immer mehr wird die Polizei zur Präventivarbeit ermächtigt. Zudem soll der Polizei ermöglicht werden, ungefragt Daten zu erheben und abzugleichen. Auch in die Versammlungsfreiheit wird massiv eingegriffen. Bereits die Einstufung als „gefährlich“ soll ausreichen, um wahllose Personenkontrollen, Durchsuchungen von Menschen und Sachen zu begründen. Zu guter Letzt sollen auch Bodycams anlasslos innerhalb von Betriebs- oder Geschäftsräumen und Privatwohnungen getragen werden – und das ist noch lange nicht alles. Die Polizei wird immer wei-

ter der demokratischen Kontrolle entzogen – ein fataler Schritt in Zeiten von rechtsextremen Netzwerken in den Behörden.



Mit einer Menschenreihe um das Polizeirevier protestierten im Juli 2020 bis zu 500 Menschen gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes

Wer ist am stärksten von einer außer Kontrolle geratenen Polizeigewalt betroffen? In Freiburg ist das gut zu erkennen. Racial Profiling im Stühlinger, Razzien und Abschiebungen aus der LEA, Schikane gegen Sinti im Auggener Weg – vor allem rassifizierte und migrantisierte Menschen sind in Freiburg Polizeigewalt ausgesetzt. Und auch viele in sozialen Bewegungen Aktive sind von polizeilicher Überwachung und Kriminalisierung betroffen.

Weiteres zum Polizeigesetz unter:

www.eafreiburg.noblogs.org

www.nopolgbw.org

Schreibt uns: polizeigesetz_neindanke@riseup.net [pgp online]

UNSCHULDIG HINTER GITTERN

Fragwürdiger Umgang der Landesregierung mit der antirassistischen Kritik an der Abschiebehaft in Pforzheim

von Walter von der Gruppe Aktion Bleiberecht

Am 11. Mai 2019 wurde vor dem Abschiebegefängnis in Pforzheim, während den bundesweiten Aktionstage „100 Jahre Abschiebehaft sind genug“ demonstriert. Ein Inhaftierter sprach per Telefon zur Kundgebung. „Infolgedessen kam es zu einem massiven Polizeieinsatz in der Haftanstalt. Inhaftierte berichten, dass sie aus ihren Zellen herauskommen und sich an der Wand aufstellen mussten, und dass ihnen dann Handschellen angelegt wurden. Anschließend seien sie in ihren Zellen eingeschlossen worden und hätten an diesem Tag nichts mehr zu Essen bekommen. Einige der Betroffenen seien fünf Tage in Einzelhaft gewesen. Sie durften dabei nicht duschen oder ihre Kleidung wechseln. Einem Betroffenen sei es nicht erlaubt gewesen, einen Arzttermin wahrzunehmen. Bei einer ersten Demonstration vor zwei Jahren war uns von ähnlichen Repressalien berichtet worden.“ so der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg in einer Stellungnahme am 17.05.2019.

Am 27. Mai 2019 wurde beim Petitionsausschuss des Stuttgarter Landtages von 29 Gruppen/Organisationen und 841 Einzelpersonen eine Petition zur Aufklärung der Gewalt in der Abschiebehaft Pforzheim eingegeben. Gefordert wurde eine sofortige Untersuchung der polizeilichen Übergriffe, der nachfolgenden Sanktionen gegen inhaftierte Geflüchtete, eine unabhängige Anhörung und die Aussetzung der Abschiebungen von Betroffenen, die zur Klärung der Vorfälle beitragen können. Später wurde die Petition durch die Punkte Dublin-Gefangene, Traumatisierung/besondere Schutzbedürftigkeit, Unzulässigkeit der Haft, Telefon/Internetanschluss und Taschengeld ergänzt.

Immer wieder gab es nach dem Mai 2019 Berichte über Gewalt in der Abschiebehaft. So schreibt die Heilbronner Stimme am 17. Februar 2020, dass in der Abschiebehaft einiges „Außer Kontrolle“ sei. Ein Geflüchteter aus Kamerun berichtet über polizeiliche Gewalt bei der Abschiebung. Er wurde verletzt wieder nach Pforzheim zurückgebracht, konnte drei Tage nicht gehen und hatte keinen Appetit. Erst nach zwei Wochen wurde er in einem Krankenhaus untersucht. Im April 2020 tra-

ten Gefangene aus Hessen, die in Pforzheim inhaftiert wurden in den Hungerstreik und wandten sich wegen den Haftbedingungen ebenfalls mit einer Petition an den Landtag von Hessen und Baden-Württemberg.

15 Monate nach der Eingabe der Petition gibt es noch immer keine Nachricht aus Stuttgart. In einem aktuellen Brief an den Ausschuss werden nun verwaltungsrechtliche Schritte angedroht.

Einige Zahlen:

Abschiebehaft in Pforzheim existiert seit dem 1. April 2016.

- Bis 2018 wurden mehr als 1.200 Personen aus der Abschiebehaft abgeschoben.
- Etwa 25 Prozent der Inhaftierten wurden wieder entlassen. 2018 waren das 72 Personen, 2017 98 Personen
- Die Kosten pro Tag, die den Betroffenen in Rechnung gestellt werden, betragen 315,12 €.
- Die durchschnittliche Verweildauer hat sich seit dem 1. April 2016 wie folgt entwickelt: 2016: 19,9 Tage, 2017: 26,25 Tage, 2018: 33,87 Tage, 2019 (1. Quartal): 37,16 Tage.
- Insgesamt waren Personen aus 58 verschiedenen Ländern inhaftiert.
- Aus Baden-Württemberg wurden 2016: 3638, 2017: 3450, 2018: 3018, 2019: 2648 abgeschoben.
- Wer gegen die Abschiebehaft protestiert muss mit der „Anwendung unmittelbaren Zwangs“ rechnen, wenn das „geordnete Zusammenleben in der Einrichtung beeinträchtigt“ wird. Personen können auch in einem „besonders gesicherten Raum“ mehr als 24 Stunden festgehalten werden. Auch eine „Fixierung von Personen“ ist möglich. Angewendet wurde dies in Pforzheim 2017 13 mal, 2018 9 mal und bis 09/2019 12 mal.

Kontakt www.aktionbleiberecht.de

DIE EVALUATION DER SICHERHEITSPARTNERSCHAFT – VIEL GELD FÜR WENIG

von Jakob Bach

Die Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stadt Freiburg und dem Land Baden-Württemberg war im Jahr 2017 mit durchaus anspruchsvollen Zielen angetreten. Sie sollte nicht nur dafür sorgen, die Kriminalitätsbelastung Freiburgs und insbesondere die Kriminalität im öffentlichen Raum zu senken. Man wollte zudem das angeblich angeschlagene Sicherheitsgefühl der Freiburger Bürgerinnen und Bürger stärken und somit umgekehrt die Kriminalitätsfurcht reduzieren.

Dabei war die Erreichung dieser Ziele über die neu eingeführten Maßnahmen von vornherein fraglich. Denn die Vorstellung, über eine gesteigerte Polizeipräsenz, die Einführung eines kommunalen Vollzugsdienstes und der Videoüberwachung sowie Fahndungs- und Kontrollaktionen das Sicherheitsempfinden zu verbessern, geht diametral am aktuellen Stand kriminologischer Forschung vorbei. Danach spiegeln sich in Unsicherheitsgefühlen vielmehr generalisierte Ängste und Sorgen vor dem sozialen Abstieg wider. Unsicherheitsgefühle sind hingegen keine kausale Reaktion auf Kriminalitätsrisiken.

Nicht verwunderlich ist es deshalb, dass auch das Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS) in einer Evaluation der Sicherheitspartnerschaft zu dem Ergebnis kam: „Die befragte Bevölkerung nimmt bislang subjektiv keinen substanzial positiven Effekt durch die Sicherheitspartnerschaft wahr.“

Dieses Ergebnis war bereits deshalb nicht sonderlich überraschend, weil von präventiv-polizeilichen Maßnahmen von vornherein kein positiver Einfluss auf das Sicherheitsgefühl zu erwarten ist. Die fehlende Wahrnehmung eines positiven Effekts der Sicherheitspartnerschaft durch die Befragten hat aber obendrein mit methodischen Problemen zu tun. So wurden die Unsicherheitsgefühle der Freiburgerinnen und Freiburger durch das FIFAS nicht zu verschiedenen Zeitpunkten erhoben. Vielmehr wurden die Befragten nach ihrer Selbsteinschätzung gefragt, also etwa danach, wie sich ihr „persönliches Sicherheitsgefühl insgesamt in den letzten 12 Monaten verändert“ hat.

Es dürfte unschwer zu erkennen sein, dass mit derartigen Selbsteinschätzungen über die Veränderung der eigenen Gefühlswelt – noch dazu über einen derart langen Zeitraum von 12 Monaten – keine validen Aussagen zur Entwicklung von Unsicherheitsgefühlen zu treffen sind. Man weiß vielleicht noch, wie man sich gestern oder in der vergangenen Woche fühlte. Aber wenn man nur ein bis zwei Monate in die Vergangenheit blickt, wird es schon schwieriger, die eigene Stimmungslage zu umschreiben.

Ein weiterer Teil der Evaluation befasst sich mit der Beurteilung der Maßnahmen durch die Freiburger Bevölkerung. Hier ist das Ergebnis für die Sicherheitspartnerschaft zum Teil vernichtend. So meint die Hälfte der Befragten, es wäre besser, wenn sich lediglich die Polizei – nicht der kommunale Vollzugsdienst – um die Sicherheit kümmere. Ebenfalls 50 % der Befragten plädiert dafür, sich weniger auf Ordnungsstörungen als auf die wirklichen Probleme in Freiburg zu konzentrieren.

Die Videoüberwachung polarisiert in der Freiburger Bevölkerung deutlich. Selbst bei älteren Befragten zeigt sich hier durchaus eine skeptische Haltung (20 % Unbehagen), die bei jüngeren Befragten deutlich ausgeprägt ist (63 % Unbehagen). Befürwortet werden von der Bevölkerung zur Stärkung der städtischen Sicherheit am ehesten nicht-polizeiliche, präventiv orientierte Maßnahmen wie die Gewaltprävention für Jugendliche, der Ausbau des nächtlichen ÖPNV oder die Straßensozialarbeit.

Wenn also die Sicherheitspartnerschaft auf eine nicht sonderlich große Akzeptanz in der Freiburger Bevölkerung stößt, trägt sie denn wenigstens zu einer Reduzierung des Kriminalitätsaufkommens bei? Eine Antwort auf diese Frage hatte man sich durch die sog. ökonomische Evaluation der Sicherheitspartnerschaft erhofft, die vom Freiburger Unternehmen TC Team Consult durchgeführt wurde. Das Ergebnis ist jedoch auch in diesem Fall ernüchternd, weil es keinerlei Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahmen erlaubt.

So wurden lediglich die eingesetzten finanziellen und personellen Ressourcen auf der einen Seite den Fallzahlen zur Kriminalität im Hellfeld auf der anderen Seite gegenübergestellt. Festzustellen war das korrelierte Auftreten zweier Ereignisse: Man hatte für die Sicherheitspartnerschaft viel Geld in die Hand genommen und konnte zur selben Zeit Kriminalitätsrückgänge registrieren. Ob aber die sinkenden Fallzahlen auf die neu eingeführten Maßnahmen oder aber eben andere Ursachen zurückzuführen sind, ersparte man sich zu hinterfragen.

Hat man durch die Sicherheitspartnerschaft also die anspruchsvollen Ziele erreicht, mit denen die Vereinbarung 2017 angetreten war? Aus der Evaluation geht dies nicht hervor, die hierfür entscheidenden Fragen blieben offen. Die 77.000 Euro, die der Gemeinderat für die Untersuchung zur Verfügung stellte, hätten angesichts dieses Ergebnisses mit Sicherheit besser investiert werden können.

Im Februar diesen Jahres brachte das Freiburger Zeitungskollektiv **Gefährliches Pflaster eine Zeitung für Sicherheitskritik** heraus, in der die Themen Sicherheit und Polizei in Freiburg behandelt werden. Wir empfehlen sie ausdrücklich!

www.kurzelinks.de/upbb



FREIBURG BRAUCHT KEINEN KOMMUNALEN VOLLZUGSDIENST

vom Recht-auf-Stadt-Netzwerk Freiburg

Im Gemeinderat wurde Ende Mai die Evaluation der sogenannten Sicherheitspartnerschaft (SIPA) vorgestellt. **Die Unternehmensberatung TC TeamConsult kommt zum Ergebnis, die SIPA sei erfolgreich. Die Beratungsfirma hat den darin evaluierten Vollzugsdienst allerdings auch selbst konzipiert.** Eigentliches Ergebnis der Evaluation, das so nicht benannt wird: Beim kommunalen Vollzugsdienst (VD), dem Kern der Sicherheitspartnerschaft, handelt es sich um eine „Armen-Polizei“ bzw. eine Polizei gegen Arme. Das zeigt schon der Blick auf die Statistiken zu den Einsätzen des VD: So trafen im Jahr 2019 z.B. knapp 24 % der ausgesprochenen schriftlichen Verwarungen Personen, die gezwungen sind zu betteln. Aufgaben des Vollzugsdienstes sind Einschreiten gegen „Lagern oder Nächtigen auf öffentlichen Straßen“ sowie gegen „belästigendes oder aggressives Betteln“ oder auch die Kontrolle von Straßenmusiker*innen. Der Vollzugsdienst bekämpft also keinesfalls etwaige Gewalt, sondern Verhalten, zu dem nur ein bestimmter Teil der Gesellschaft gezwungen ist, und das mit Gewalt im Sinne von Taten wie Mord und Vergewaltigung nichts zu tun hat. Auf der Straße zu schlafen, ist für niemanden, außer eventuell für die schlafende Person selbst, bedrohlich. Auch „Betteln“, selbst, wenn es mit Nachdruck geschieht, ist nichts, was anderen weh tun könnte. Der Zusatz „belästigendes“ sollte uns nachdenklich machen. Wenn wir uns wirklich von bettelnden Menschen „belästigt“ fühlen, sind dann nicht wir in unserer Empathielosigkeit das größere Problem?

www.rechtaufstadt-freiburg.de

Wir planen eine Reihe kleinerer thematischer Treffen zur Vorbereitung unserer **zweiten Solidarity-City-Konferenz** – die pandemiebedingt leider derzeit auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Du hast Lust mit Deiner Gruppe an einem solchen Arbeitstreffen teilzunehmen? Es geht darum einander und zivilgesellschaftlich engagierte Gruppen aus Freiburg kennenzulernen, Konferenzbeiträge zu konzipieren und gemeinsam Ideen und Forderungen zu erarbeiten, die Freiburg als Solidarity City auf den Weg bringen können. **Interessiert?** Schreib eine Email: freiburg@solidarity-city.eu

KRIMINALSTATISTIK UND EVALUATION DER SOGENANNTEN SICHERHEITSPARTNERSCHAFT IM FREIBURGER GEMEINDERAT

Am 27. Mai 2020 wurde dem Freiburger Gemeinderat unter TOP 28 die polizeiliche Kriminalstatistik aus dem Jahr 2019 vorgestellt (Vorlage: G-20/098) und als TOP 29 die Evaluation der Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Freiburg im Breisgau (Vorlage: G-20/030). Die Tagesordnung der gesamten Sitzung mit allen Dokumenten ist auf der Homepage der Stadt Freiburg über das Ratsinfosystem einzusehen, oder direkt hier: <https://kurzelinks.de/gk8g>

Polizeilichen Kriminalstatistik 2019 – Zusammenfassung Auszug aus der Drucksache des Freiburger Gemeinderates G-20/098, S. 2

„Im Vergleich zum Vorjahr sind für das Jahr 2019 für den Stadtkreis Freiburg folgende Entwicklungen herauszustellen:

- Nach 16 Jahren gibt Freiburg den ersten Platz unter den am meisten von Kriminalität belasteten Stadtkreisen in Baden-Württemberg ab.
- Die **Häufigkeitszahl** (Zahl der bekannt gewordenen Straftaten bezogen auf 100.000 Einwohner_innen) betrug im Jahr 2019 9.798 gegenüber 11.994 in 2018. Freiburg ist nach Baden-Baden mit 10.478 und Mannheim mit 9.954 an dritter Stelle.
- Die **Straftaten** (ohne ausländerrechtliche Delikte) im Stadtkreis Freiburg gingen um -8,9 % auf 22.560 Fälle zurück. Das ist der niedrigste Wert seit 10 Jahren. Die Aufklärungsquote betrug 62,3 % (2018: 64,2 %).
- Die **Straftaten gegen das Leben** sind im Jahr 2019 um zwei Fälle auf nunmehr acht Taten gestiegen.
- Bei den **einfachen Diebstahlsdelikten** ist ein Rückgang um 835 Fälle (-17,1 %) auf 4.052 Fälle zu verzeichnen. Beim **schweren Diebstahl** gibt es einen Rückgang um 460 Fälle (-13 %) auf nunmehr 3.070 Fälle.
- Die Zahl der **Wohnungseinbrüche** ist nach einem Anstieg im Jahr 2018 (18,4 %) im Jahr 2019 stark zurückgegangen (-25,7 %) und liegt bei 292 Fällen.
- Bei **Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** sind 240 Fälle erfasst (2018: 216 Fälle). Davon konnten 197 Fälle geklärt werden, dies entspricht einer Aufklärungsquote von 82,1 %. Diese konnte um 6,6 % gesteigert werden.
- Bei der **Gewaltkriminalität** wurden 802 Fälle gezählt, was einen Anstieg um 3,5 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Dennoch ist dies der zweitniedrigste Wert seit 2010. In der Altstadt sind die Fallzahlen von Straftaten in diesem Deliktsbereich um 5,1 % gestiegen.
- Die **Straßenkriminalität** ging im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 % zurück.
- Die **Rauschgiftkriminalität** ist mit einem Anstieg um 0,2 % im Jahr 2019 tendenziell unverändert im Vergleich zum Jahr 2018. Die Zahl liegt nun bei 2.249 Fällen.
- Die **Vermögens- und Fälschungsdelikte** sind um 825 Delikte (-13,8 %) auf 5.175 Fälle zurückgegangen.“

Diese Zahlen zeigen vor allem eines: Zwar ist die Gesamtzahl der Delikte gesunken, die die gegen Leib und Leben von Menschen gerichteten Straftaten, also **Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** und die **Gewaltkriminalität** sind gestiegen. Hier hilft offenbar ein verstärkter Polizei- und Ordnungshüter*innen-Einsatz nichts.

REPRESSION GEGEN RECHERCHE?

von **DIE LINKE Freiburg**

Anfang Juli 2020 wurde ein Wohnprojekt in Tübingen von der Polizei durchsucht. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter von Tobias Pflüger, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE im Wahlkreis Freiburg, wurde dabei vorübergehend festgenommen. Zudem wurden Datenträger und umfangreiches Material beschlagnahmt. Dem Festgenommenen wurde vorgeworfen, an einem brutalen Übergriff auf eine Gruppe rechtsgerichteter Menschen am Rande einer Corona-Demonstration in Stuttgart beteiligt gewesen zu sein.

Dass der Mitarbeiter an jenem Tag nicht Stuttgart, sondern auf einer anderen Demo war, konnte rasch nachgewiesen werden; der Festgenommene wurde freigelassen. Allerdings ist nach wie vor unklar, auf welcher Grundlage die Durchsuchung der Wohnung stattfand. Die beschlagnahmten Arbeitsutensilien (Datensticks

etc.) sind derweil immer noch in den Händen der Behörden. **Die Staatsanwaltschaft will das Verfahren erst einstellen, wenn Tobias Pflüger und sein Mitarbeiter die Beschwerden gegen den Polizeieinsatz zurücknehmen.**

Unter den beschlagnahmten Unterlagen befinden sich übrigens auch relevante Untersuchungen zu den Entwicklungen des Kommandos Spezialkräfte (KSK). Hier kann zurecht die Frage gestellt werden, ob dies nicht das eigentliche Ziel der Durchsuchung war.

Die Betroffenen sind noch in anderer Weise geschädigt: Die Ermittlungen haben zu einer Welle rechter, rechtsextremer und neonazistischer Diffamierungen und Drohungen in den Sozialen Medien geführt, gegen die sie nun vorgehen müssen.



Eine im November 2018 veröffentlichte Recherche der taz machte ein **rechtsextremes Netzwerk** publik, dessen Mitglieder sich aus Bundeswehr, Polizei und Reservistenverbänden rekrutierten. Ein Aufschrei in Öffentlichkeit und Medien über **Hannibal, Nordkreuz & Co.** blieb aus. Die Ermittlungen verlaufen bis heute schleppend. Zuletzt wurde bekannt, dass der Verfassungsschutz brisante Informationen ignorierte. Christina Schmidt und Sebastian Erb berichteten in der taz: www.kurzelinks.de/8s68

In Hessen treibt das rechte Polizeinetzwerk, das seine Drohschreiben mit „**NSU 2.0**“ unterzeichnet, weiterhin sein Unwesen. Seit zwei Jahren ermittelt das LKA Hessen nun bereits – ohne nennenswerten Erfolg. Florian Flade vom WDR berichtete für die tagesschau: www.kurzelinks.de/esq2

Ein Mann aus Afghanistan wurde im April 2017 in Berlin von rechten Fußballfans zusammengeschlagen. Diesen März wurde er nach Kabul abgeschoben. Nun kam heraus, dass einer der Täter vermutlich ein Polizist ist. Und nicht nur das: **Stefan K. war Antifa-Recherchen zufolge Teil der Ermittlungsgruppe Rex, einer Sondereinheit, die zur rechten Terrorserie in Neukölln ermittelte, auch während der Morde an Burak Bektaş und Luke Holland.** Die Ermittlungserfolge hielten sich in Grenzen. Lag es an der Gesinnung von Stefan K.? Erik Peter von der taz berichtet über den Fall: www.kurzelinks.de/5jf5

Eine Gesellschaft ohne Polizei? Die liegt noch in weiter Ferne. Doch Utopien sind für uns von Solidarity City wichtig. Katharina Schipkowski von der taz hat einige Gedanken, die für die Debatte um eine solidarische Gesellschaft ohne Polizei wichtig sind, zusammengefasst: www.kurzelinks.de/41en

Die Initiative **Solidarity City** trifft sich jeden zweiten Dienstag um 19 Uhr im Büro für grenzenlose Solidarität auf dem Grethergelände, Adlerstr. 12 (immer in den ungeraden Kalenderwochen). Du würdest auch gern einmal hinstoßen? Aufgrund von Covid-19 bitten wir Dich vorher eine Email zu schreiben, damit wir für ein sicheres Treffen für alle sorgen können! freiburg@solidarity-city.eu

DER VERFASSUNGSSCHUTZ IST TEIL DES PROBLEMS!

Von Michel Moos, Anwalt und Gemeinderat

Treffpunkte und Plattformen der linken Szene sind seit jeher im Visier der Staatsgewalt. Das gilt für Indymedia, für die KTS als autonomes Kulturzentrum, so wie früher beispielsweise für den besetzten Schwarzwaldhof, dessen Protagonist*innen als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung verfolgt wurden. Der Verfassungsschutz ist von jeher stark rechts orientiert. In Freiburg hat man noch gut in Erinnerung, dass 2002 die Aktionseinheit zur Verhinderung eines NPD Aufmarsches in der Innenstadt vom VS beobachtet wurde. Der Umstand, dass über eine Blockade der NPD in der Eisenbahnstraße diskutiert wurde, wurde vom VS als Zeichen von illegaler Militanz eingeordnet.

Dies ergibt sich aus der Verfassungsschutzakte von Stadtrat Michael Moos. Im Verfassungsschutzbericht für 2019 wird Freiburg zu einem „Schwerpunkt linksextremistischer Militanz und Gewalt“ stilisiert. Wie das? Brandanschläge gegen Fahrzeuge der Vonovia, eines schweizer Bauunternehmens und eines Sicherheitsunternehmens innerhalb weniger Tage Ende Oktober 2019 sollen der Beleg dafür sein. Dazu kommen dann noch einige Hausbesetzungen, die allesamt nur kurzzeitig waren und gewaltlos beendet wurden. Der autonomen Antifa wird vorgehalten, dass sie zur Unterstützung der Hausbesetzungen aufrief. Ansonsten gibt es keinerlei Bezug zu den Anschlägen, auch nicht im VS-Bericht. Gleichwohl wird die Antifa bei Uwe Mauch im Lokalteil zum Hauptadressat: „Freiburgs Antifa im Visier des VS.“ Die KTS feierte im Oktober 2019 ihr 25 jähriges Jubiläum und für Mauch scheint die Sache klar: Anschläge, Treffpunkt KTS,

Zuschuss der Stadt von 200.000 – da muss was passieren! Und auch die AfD wird im Gemeinderat nicht müde das Ende der KTS zu fordern. Für uns ist die KTS unverzichtbarer Bestandteil der politischen und kulturellen Szene Freiburgs. Und die autonome Antifa ist wie andere Teile der antifaschistischen Bewegung unverzichtbar für den Kampf gegen völkische, rassistische und antisemitische Entwicklungen in Staat und Gesellschaft. Der Verfassungsschutz dagegen trägt selbst erhebliche Verantwortung für das Erstarken rechtsradikaler Gruppen. Eine Vielzahl seiner Vertrauensleute sind in rechtsradikalen Strukturen involviert und haben diese mit aufgebaut. Dies ging so weit, dass sich das Bundesverfassungsgericht im 1. NPD Verbotsverfahren auf Grund dieser Verwicklungen nicht in der Lage sah, die NPD zu verbieten. Das letzte von zahllosen Beispielen sind die bekannt gewordenen Umstände der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Lübke.

Die vom VS immer wieder bemühte und von der BZ gerne aufgegriffene Extremismustheorie („rechte Gefahr – linke Gefahr“) zielt auf nichts anderes ab, als den Unterschied zwischen linken Sachbeschädigungen und rechten Morden zu vernebeln, den antifaschistischen Kampf zu spalten und damit zu schwächen. Der Verfassungsschutz ist Teil des Problems, nicht Teil der Lösung.

*Michel Moos verfasste diesen Text für den Freiburger Gemeinderat. Er ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN LISTE – solidarische Stadt und u.a. Mitglied im Republikanischen Anwalt*innenverein.*

Hagen Kopp freigesprochen! Ein Fall von Kriminalisierung **antirassistischen Aktivismus** konnte diesen Juli glücklicherweise abgewendet werden. Hagen Kopp aus dem hessischen Hanau ist seit Jahrzehnten in der antirassistischen Bewegung aktiv und hilft von Abschiebung bedrohten Geflüchteten, indem er für Bürgerasyl einsteht. Hierfür wurde er der „öffentlichen Aufforderung zu Straftaten“ beschuldigt, wurde aber freigesprochen. Radio Dreyeckland hat nach dem gewonnen Prozess mit ihm telefoniert: www.kurzelinks.de/7uh3

Sowas gibt's nur in Amerika! Nach dem Mord an George Floyd, der von einem Polizisten erstickt wurde, weil dieser auf dessen Nacken kniete, wollten viele Deutsche derartige Gewaltexzesse als US-amerikanische Eigenheit verbuchen. Diesen August ereignete sich eine erschreckend ähnliche Szene in Düsseldorf. Das Opfer war erst 15 Jahre alt. Martin Drescher berichtet im nd. www.kurzelinks.de/hlv2

Our Voice, die Geflüchtetenredaktion von Radio Dreyeckland, hat seit Kurzem einen neuen Podcast: Migrativ www.kurzelinks.de/g52t



Stacheldraht und Beton: Unser Newsletter ist illustriert mit Fotos des Abschiebegefängnisses in Pforzheim. Wir danken der Fotografin Jasmin M. für die Bereitstellung!

ORGANISATIONEN UND BERATUNGSSTELLEN BUNDESWEIT:

Network Refugees4Refugees – Flüchtlinge für Flüchtlinge e.V. (Stuttgart)

Dokumentieren u.a. Polizeiübergriffe in Flüchtlingslagern.

refugees4refugees@gmx.de

www.refugees4refugees.wordpress.com

KOP Berlin

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt

www.kop-berlin.de

Reach Out (Berlin)

Opferberatung und Bildung gegen Rechts-extremismus, Rassismus und Antisemitismus

www.reachoutberlin.de

Death in Custody (Berlin)

Kampagne zur Dokumentation und Aufklärung von Todesfällen von PoC in Gewahrsam

www.deathincustody.noblogs.org

Amnesty International

Die bekannte Menschenrechts-NGO setzt sich auch gegen Polizeigewalt ein:

www.amnesty-polizei.de/merkblatt-fuer-opfer-rechtswidriger-gewalt

Bürger beobachten Polizei und Justiz

(Göttingen)

www.buerger-beobachten-polizei.de

Polizeikontrollstelle – Initiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei

ist ein loses Netzwerk von Personen und Antirepressionsinitiativen

www.polizeikontrollstelle.de

Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten

(Hamburger Signal) (BAG)

www.kritische-polizisten.de

PolizeiGrün e.V.

Der Partei Die Grünen nahestehender Verein kritischer Polizist*innen

www.polizei-gruen.blogspot.com

Justizwatch (Berlin)

beobachtet und dokumentiert Rassismus in der Justiz.

www.justizwatch.noblogs.org

Gefangenengewerkschaft GG/BO

www.ggbo.de

Der Verlag **CILIP** (Civil Liberties and Police) und das **Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V.** an der Humboldt- Uni Berlin bringen seit 1978 die Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP heraus.

www.cilip.de

Grundrechtekomitee

www.grundrechtekomitee.de

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.

www.rav.de/start

Humanistische Union

www.humanistische-union.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

(Tübingen)

www.imi-online.de

*Los Angeles 1965: Ein Mann wird während der Watts-Unruhen gewaltsam von der Polizei festgenommen. Nach der Festnahme zweier afroamerikanischer Brüder und deren Mutter bei einer Autokontrolle in dem größtenteils von Afroamerikaner*innen bewohnten Stadtviertel Watts brachen tagelange Unruhen an, die am Ende 34 Todesopfer und tausende Verletzte forderten. Auslöser waren die jahrelange rassistische Behandlung der Bewohner*innen von Watts durch die städtische Polizei, das LAPD, sowie Diskriminierung durch ortsansässige Gewerbetreibende und rassistische Praktiken und Politiken in Wohnfragen.*

Foto: NY World Telegram



Wohin, wenn man selbst von Polizeigewalt betroffen ist?

Zur Zeit gibt es in der BRD keine offizielle Beratungs- oder Beschwerdestelle, die juristische oder politische Handhabe hat, wenn es darum geht, illegales Verhalten von Polizeibeamt*innen anzuzeigen. Beratung und Unterstützung in solchen Fällen wird vor allem von ehrenamtlichen Initiativen und NGOs übernommen (siehe Infobox). In manchen Ländern gibt es solche Institutionen bereits. Sie dienen der Kontrolle der staatlichen Ordnungsmacht und sind bitter notwendig. Aufgrund der derzeitigen Debatte wird allerdings auch hier verstärkt über die Einrichtung [unabhängiger Beschwerdestellen](#) gesprochen, bei denen sich Betroffene von (rassistischer) Polizeigewalt melden können. In Berlin soll es wohl bald eine*n [unabhängigen Polizeibeauftragte*n](#) geben.